

20 Pf. jährlich mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche beitragen. Daneben kommt eine Gebühr von 10 Pf. jährlich für jedes Mitogramm des Jahresgebührens hinzu.

Auf Antrag der Demokraten ist bis zum 1. Januar 1920 das Einfließen einzuführen, der weitergehende demokratische Antrag, sofern die entsprechenden Vorarbeiten zum Einleitungsdatum von 30 Pf. wurde selbst abgelehnt, weil seitens der Parteiverwaltung technische Schwierigkeiten geltend gemacht wurden. Die Einführung des Einfließens wird insbesondere von der Geschäftsleitung, aber auch von den anderen Schichten der Bevölkerung freudig begrüßt werden. Sie bedeutet eine wesentliche Verbesserung. Die Parteifahrt fällt weg, die Gebühr wird auf der Sendung verrechnet.

Die Zeitung am 6. August werden auf 10 Pf. für Fern- und auf 5 Pf. für Einleitungsgebühren erhöht. Ein Antrag der Demokraten, die dreifache Gebühr für dringende Telegramme und ebenso für Ferngespräche abzuschaffen und nur die doppelte Gebühr einzuführen, fand keine Annahme. Bei der heutigen wenig prompten Dienstabteilung wird meistens dringend telegraphiert und gesprochen. Da wir den Erhebungen nun sehr wertender. Die Leistungen entsprechen hier keineswegs der hohen Gebühr.

Die Fernspreckgebühren sollen um 100 Prozent erhöht werden. So schwer die Erhöhung auch ins Gewicht fällt, durch die hohen Kosten an Material, Öfen und Gehälter ist sie gerechtfertigt. Vielleicht wäre eine bessere Abklärung angebracht gewesen. Die Mehrerhebung soll 100 Millionen ergeben. Es ist nicht anzunehmen, daß die Zahl der Fernspreckteilnehmer wesentlich zurückgeht. Noch im letzten Jahre ist die Zahl der Teilnehmer um 90 000 gestiegen.

Die Hofnung des Reichspostministers, daß bald wieder eine Verabzehrung der Gebühren möglich sein würde, dürfte wohl auf Jahre hinaus sich nicht erfüllen lassen. Immerhin ist erwünscht, daß auch die Gebührenfreiheit im Post- und Telegrammverkehr hergestellt werden. Viel Rute und Papier ist gerade hierüber verschrieben worden, unenolische Debatten gab es im Reichstage über den Postfreiheitsvertrag, der leider unter der neuen Regierung nicht abgenommen hat, im Gegenteil bei den künftigen Verhältnisseverhältnissen nur noch erschwerender wirkt.

Wenn wir Demokraten den Gesetzen schließlich zugestimmt haben, so taugen wir es unter dem Zwange der Verhältnisse, wohl ruffend, daß eine Vertiefung des Verkehrs eintritt, aber hoffend, daß baldigt die Post wieder schnell und zuverlässig arbeiten wird.

Die Abstimmung in Schleswig-Holstein.

Berlin, 21. August. Wir werden um Aufnahme folgen, von sämtlichen Parteien Schleswigs unterzeichneten Aufrufe erwidert:

Deutsche Männer und Frauen der ersten Zone

Alle Deutschen der unterzeichneten Organisationen Nordschleswigs haben einstimmig beschlossen, zur Stimmabgabe aufzutreten. Die Beteiligung an der Abstimmung bedeutet nicht ein Aufgeben des bisher vertretenen Protesthandpunktes. Das gesamte Deutschum erhebt nach wie vor schärfsten Einspruch gegen die dem Reich zugewandte der ersten Zone durch die Einbeziehung und die jeder gesunden Aufstellung des Selbstbestimmungsrechtes dem widersprechenden Formen, unter denen diese Abstimmung stattfinden soll. In voller Uebereinstimmung mit der Geschäftsleitung der Rendsburger Landesversammlung und den Kundgebungen der gesamten schleswig-holsteinischen Abgeordneten erklären wir ferner, daß wir das Ergebnis dieser erzwungenen Abstimmung niemals als zu Recht bestehend anerkennen und nie die Hofnung auf eine gerechte Lösung der schleswigischen Nationalitätenfrage aufgeben werden.

An Euch Deutschen der ersten Zone ist es nun, zu beweisen, daß hier wirklich ein hartes Deutschum vorzuziehen ist. Wir fordern auf, die berechtigten deutschen Männer und Frauen auf der gemeinsamen Parole zu folgen und sich geschlossen an der Abstimmung zu beteiligen. Kein Deutscher darf zu Hause bleiben. Die deutsche Ehre, das Schicksal der Deutschen Nordschleswigs und das ihrer Kinder fordert von jedem einzelnen, sein Deutschum am Tage der Abstimmung zur Geltung zu bringen. Die Uebermacht der Gegner mag Euch den Sieg unmöglich machen, Gewalt aber ist kein Recht. Euer Recht zu erlangen, muß Euer und Eurer Kinder heilige Aufgabe sein. Erreicht einstimmig die Wahlurne. Sämtliche Eure Stimmen zum Ausdruck bringen, das trotz der Entredung tausender hier anwesender Deutscher, eine stark deutsche Minderheit vorhanden ist, die Anspruch auf Achtung und Ehre ihrer nationalen Eigenart und Kultur erheben kann. Ihr seid bis jetzt trotz darauf gewesen, Deutsche zu sein. Bewahrt Euch diesen Stolz für alle Zukunft. Eure engere Heimat Schleswig-Holstein, Euer weiteres Vaterland Deutschland werden Euch die Treue halten. Galtet auch Ihr sie ihnen. Beweist sie, indem Ihr alle am Tage der Abstimmung Eure Pflichten erfüllt. Dann wird auch Euch und Euren Kindern ein glücklicher Morgen tagen.

Die Deutsche Demokratische Partei

Die Sozialdemokratische Partei

Die Deutschnationale Partei

Die Deutsche Volkspartei

Die Schleswig-holsteinische Landespartei

Der Deutsche Ausschuss für das Herzogtum Schleswig.

Ueber die Formalien der Abstimmung selbst teilt der Deutsche Ausschuss für Schleswig folgendes mit: Die Abstimmungen in Schleswig rücken in immer greifbarere Nähe. Zwar wissen wir trotz aller Prophezeiungen von berufener und unbefugener Seite — bis heute noch nicht, wann der Friedensvertrag in Kraft treten wird. Wir haben aber das Gefühl, daß die nächsten Wochen uns Arbeit darüber bringen werden.

Und dann werden die Tausende, die in dem Abstimmungsbereich geboren sind, aber aber nicht zur Abstimmung die Rechte an ihren Geburtsort antreten, zuerst die in der ersten Zone Geborenen, einige Wochen später die in der zweiten

Zone Geborenen. Die bei den Geschäftsstellen des Deutschen Ausschusses für Schleswig einlaufenden zahlreichen Meldungen zur Eintragung in die Stimmliste lassen erkennen, wie sehr das Interesse an der Abstimmung in Schleswig herabgesetzt ist. Auf die Geschäftsstellen des Deutschen Ausschusses in Flensburg, Nordhofstr. 20 und in Berlin C. 2, Burgstr. 30, Fernsprecher Nord 9027, wird besonders verwiesen.

Jedem, der sich rechtzeitig meldet, ist freie Reise zugesichert. Daß die Behörden den Beamten den zu den Reisen erforderlichen Urlaub bewilligen werden, wird als selbstverständlich unterstellt, da die Beteiligung an der Wahl im allgemeinen Interesse liegt.

Der Wahl die Abstimmungsliste bekannt sind, werden die Beamten entsprechende Urlaubsgesuche bei ihren Vorgesetzten einzureichen haben. Aber auch die Privatangehörigen und Arbeiter werden von ihren Arbeitgebern auf diesen Reisen billigerweise Urlaub bewilligen. Es wird eine Ehrenliste für die Arbeiter geben, den Arbeitnehmern für die Zeit dieser Reise den Lohn unverändert zu zahlen. Wer zur Abstimmung reist, darf in seinem Verdienst nicht schlechter stehen, als der, welcher sich der Mühe eines solchen Reises nicht zu unterziehen braucht. Es wird angenommen, daß es keiner weiteren Appells an die Arbeitgeber in dieser Beziehung bedarf.

Die Kohlenversorgung im Winter.

Essen, 21. August. Der Ausschuss zur Prüfung der Arbeitslosigkeit im Verbau hielt am Mittwoch eine weitere Sitzung ab. Geh. Komm. Rat Kildner gab einen Ueberblick über die Lage des deutschen Kohlenmarktes und lenkte die Aufmerksamkeit auf die trostlosen Aussichten, denen wir gegenübersehen. Nach Auffassung des Sachverständigen liegen wir in sehr bedenklichen Umständen vor uns entgegen, wenn es nicht gelingt, die Förderung von Kohlen zu steigern. In der Zeit von auch nur 20 Millionen Tonnenn bis Ende September ist offenbar nicht zu denken. In diesem Falle würden sämtliche Kohlen ausgetauscht werden müssen und das Wirtschaftsgeschehen läme zum Stillstand. Eine Einfuhr ausländischer Kohle ist abgelehnt, abgesehen davon, daß im Ausland selbst ein großer Mangel an Kohle herrscht. Durch den ungünstigen Stand unserer Währung ist dies auch so gut wie ausgeschlossen.

In die Ausführungen des Geh. Kommerzienrates Kildner schloß sich eine längere Aussprache, aus der hervorging, daß die Meinung dieses Sachverständigen auf alle Teilnehmer den besten Eindruck gemacht hat. Am Donnerstag vormittags wurde die Vermehrung der Sachverständigen fertiggestellt. Zunächst hielt als Vertreter des Reichsstatistikamtes Herr Dr. Kohlenverteilung, Generaldirektor Koeniger, einen längeren Vortrag. Die Ausführungen dieses Herrn gipfelten in dem Eingeständnis einer geradezu erschütternden geringeren Verjüngung Deutschlands mit Kohlen für den kommenden Winter.

Uebereinstimmend wurde der Wunsch geäußert, daß die Defensivität mehr als bisher über die traurige Lage unserer Kohlenversorgung und damit die Erstärkung des ganzen Wirtschaftslebens untersucht wird. Interessant war es, daß eine Vertretung von Arbeitern aus dem Berliner Hausgewerbe ein Mitglied aus Essen entsand hatte, um in bescheiden Worten die Begründung einzuwenden zu können, die Kohlenförderung zu steigern, da schon jetzt auf dem Berliner Baumarkt täglich hunderte von Arbeitern entlassen werden müssen.

Was es an Kohlen zur Herstellung der nötigen Baustoffe fehle, sei ein weiterer Beweis für die Lage würde eine Katastrophe unermesslich sein.

Der Fliegerheld Bongart abgestürzt.

Deutscher Flieger Bongart aus Berlin, Besieger von 33 feindlichen Fliegern und Leiter des Flugplatzes Gelsenkirchen, stürzte, wie aus Dortmund berichtet wird, bei einem Schussflug in Rheine um 30 Meter Höhe herab. Sein Zustand soll hoffnungslos sein.

Deutsche Gefangene in England für ihre Befreiung.

Kopenhagen, 21. August. Ein Londoner Telegramm besagt, daß die deutschen Kriegsgefangenen in England eine Propaganda für ihre Heimkehrung eingeleitet haben. Gelingen würde von nun an Gefangenenerlöser in Sheffield ein großer Papierballon aufgeschossen, der eine Anzahl Luftkugeln enthielt, in welchen es unter anderem hieß: Die Wohnungsnot in England ist groß. Hunderte von Menschen können in den Gefangenenerlösern wohnen. Wir bitten daher, uns heimzukommen. Ferner wird darin gesagt: 30 000 deutsche Gefangene arbeiten in England und brüden die Arbeitslöhne herab. In dem Aufruf wird auch an die humanen Gefühle der Engländer appelliert und wird auf das barbarische Verhalten der Engländer hingewiesen, die Gefangenen noch neun Monate nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes zurückzuhalten.

24 000 Mann Ententeuppen für Oberschlesien.

Genf, 21. August. Eine Spannonie meldet: Die Besatzungsarmee für Oberschlesien ist 24 000 Mann stark. Die Besetzung ist in drei Wellen zu vollziehen. Die erste Wellen ist schon im Termin nach Oberschlesien abgegangen. Die zweite Wellen nimmt mit einer Division an der Besetzung der ober-schlesischen Gebiete teil.

Verrat deutscher Rückzugspläne im Herbst 1918?

Berlin, 21. August. Seit einigen Wochen tauchte hier und da das Gerücht auf, daß die deutschen Rückzugspläne im Spätherbst 1918 an Amerika verraten worden wären. Jetzt weiß ein Berichterstatter der „N. Y. Times“ aus New York zu melden: Die New Yorker Presse beschäftigt sich seit gestern mit einer recht stillen Meldung, von der einigen Blättern auch ein großer Teil mitgeteilt wird. In Bord des Transportdampfers „Waggoner“ kamen nämlich vorgestern zwei deutsche Kriegsgefangene hier an.

die, einem offiziellen Bericht zufolge, bis im höchsten Maße um die amerikanische Armee verdient gemacht haben. In dem Bericht wird die Tätigkeit der Gefangenen in der amerikanischen Informationsabteilung, die sie während der letzten Monate in der amerikanischen Oberkommando- und wertvolle Spionagetätigkeit leisteten.

Berichter hat es von jeder in allen Punkten gegeben. Als feststehend berührt einen bei dieser Meldung vor allem aber die naive Offenherzigkeit der amerikanischen Offiziere und Beamten, die den Gefangenen bereitwillig alle Einzelheiten der Geschichte der beiden Vaterlandsverräter zur Verfügung stellten. Wenn es wirklich stimmt, was in einigen Blättern behauptet wird, daß nämlich den Amerikanern durch die beiden deutschen Verräter die ganze Rückzugspolitik der deutschen Heeresleitung in die Hände gespielt worden, und daß infolgedessen das amerikanische Oberkommando im Herbst vorigen Jahres mit verhältnismäßig geringen Verlusten zu operieren vermochte, so könnte man bei der Abstellung der beiden Heiden fast von freiem Unaband der Amerikaner sprechen, denn es ist doch nicht anzunehmen, daß die beiden verurteilten Gefangenen deren Verbrechen die höchste Strafe bringt, sich nach heroischen Ruhm haben.

Nach einer Erklärung des Washingtoner Kriegsamtamt hat es sich bei den zwei deutschen Verrätern um den Rückzugseisigen Alfred Schulz (oder Schulz) vom 308. Infanterieregiment und den Flieger Alwin Grotzke. Die Bilder der beiden, die von allen Zeitungen in großem Format veröffentlicht werden, zeigen zwei typische deutsche Gesichter. Der offizielle Bericht beschränkt sich nur auf die Mitteilung, daß die beiden

„In Anerkennung ihrer wertvollen Dienste, die sie diesem Lande geleistet haben, auf ihr Verlangen nach dem Vereinigten Staaten verbracht wurden.“

Ueber diese wertvollen Dienste lauchten die Zeitungen zuerst das aberwitzigste Zeug zu berichten. Durch amerikanische Offiziere und Beamte wurden diese Meldungen dann später auf ein verständliches Maß zurückgeführt. Danach scheint folgendes festzulegen: Schulz wurde kurz vor der Offensive bei St. Mihiel von den Amerikanern gefangen genommen und gab sehr wichtige Informationen über die deutschen Truppenbewegungen. Später wurde dann Schulz in eine deutsche Offiziersuniform gekleidet und den Offiziers-Gefangenenerlösern zugeteilt, wo er die gefangenen deutschen Offiziere ausvorsorgte und später darüber Bericht erstattete. Ueber die „Dienste“ die Alwin Grotzke geleistet hat, verläuft nichts. Es heißt nur, daß er im Oktober von den Amerikanern abgefangen worden sein soll. In einer Zeitungsmitteilung aus Washington heißt es, daß die beiden vor Eröffnung der amerikanischen Offensive durch Geheimbeamte der amerikanischen Armee verhaftet wurden. Pläne des Generalstabes zu beschaffen, auf denen die Rückzugspläne der deutschen Armee vorzeichnet waren, sowie die Punkte, an denen vorausichtlich Widerstand geleistet und der Rückzug verteidigt werden sollte. Mit diesen Plänen konnte dann, wie die Meldung weiter besagt, General Pershing seinen Angriff „mit größter Freiheit entfesseln“ und die Folge davon war, „daß die Armeen der amerikanischen Angriffs um die Hälfte erniedrigt wurden.“

Wieder in der Hand der deutschen Truppen.

Ragnishütte, 21. August. Das gesamte ober-schlesische Industriegebiet ist heute wieder in der Hand der deutschen Truppen. Nach heftigen Kämpfen sind gestern unsere Truppen wieder in die besetzt gewesenen Ortschaften des Kreises Kattowitz eingedrungen. Nach Mitteilungen, die dem „N. A.“ aus Reichenau zugehen, wurden dort bei Wüzig der Polen 50 Personen als Geiseln mitgenommen und über die Grenze nach Polen verschleppt. Einige Tage vorher schon wurden dort mehrere deutsche Personen gefangen genommen, darunter der Gemeindevorsteher Schidlo, Berginspektor Wroßsch, ferner die Steiger Ebert und Nowotny. Schidlo wurde außerdem schwer mißhandelt, ebenso viele andere ortsanfässige Deutsche. Die Lage war dort während der Kanovage von den Deutschen in der polnischen Kommunitäten heftig. In Reichenau war ein Kommandantur eingerichtet. Der polnische Orkan hat die öffentliche Gewalt aus. Zahlreiche Mitglieder des inneren Grenzschutzes sind gefangen genommen, darunter Arbeiter und Beamte, die alle über die Grenze nach Polen abgeführt wurden. In Ragnishütte am Montag feil die Aufständischen die kleine militärische Besatzung angegriffen und sich in den Besitz der Wälscheneckerei gesetzt, wonach sie in die Besatzung niederschossen bzw. gefangen genommen. Mittwoch feil 5½ Uhr habe unser Artilleriefeuer, das bis gegen 11½ Uhr dauerte, ein Durch dieses Artilleriefeuer wurde das Besatzungs- und ein Teil des Lagerbestandes der Kommunitäten sowie der Wälscheneckerei schwer beschädigt. Die Kolonie ist gegenwärtig ohne Wasser. Gegen 2½ Uhr rückten die deutschen Truppen in Ragnishütte ein. Gleichzeitig wurde auch Janos besetzt und Gieselsdorf. Die Hauptstraße führte hier durch den Ort über die Grenze. Die Arbeit ist auf den ober-schlesischen Gruben zum Teil wieder aufgenommen worden.

Polnische Grausamkeiten.

Plesch, 21. August. Der „Plescher Anzeiger“ berichtet, daß eine in Ober-Schlesien liegende Kavallerieabteilung in Stärke von 40 Mann bis auf 3, die sich durch die Flucht retteten, angegriffen worden ist. Die Soldaten sollen in bestialischer Weise umgebracht worden sein. Mehrere von ihnen hat man mit durchschüttelten Reihel aufgefunden.

Eidesleistung der Reichsminister.

Weimar, 21. August. Nach der Vereidigung des Reichspräsidenten durch die Nationalversammlung verlamten sich die Reichsminister beim Reichspräsidenten, der sie mit folgenden Worten empfing:

„Nachdem die Verfassung in Kraft getreten und die Vereidigung des Reichspräsidenten auf die Reichsverfassung hat, haben gemäß Artikel 176 der Verfassung auch alle Beamten des Reiches den Eid auf sie abzulegen. Als die ersten Beamten des Reiches bitte ich Sie in dieser Ehrenpflicht voranzugehen und die Ablegung dieses Eides hier vorzunehmen, indem Sie mir nachsprechen: „Ich schwöre Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“